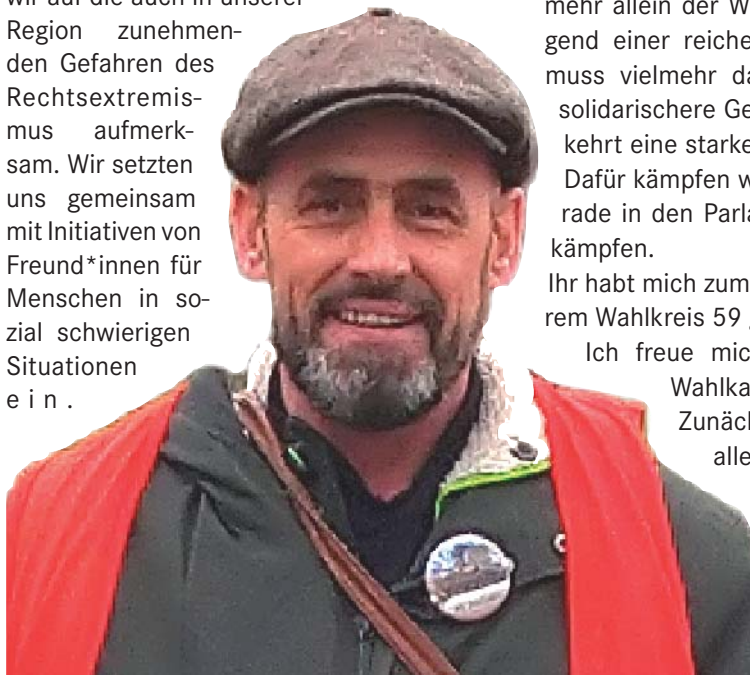


Liebe Genoss*innen und liebe Freund*innen,

ein außergewöhnliches Jahr neigt sich dem Ende entgegen. Ich möchte die letzten Tage des Jahres nutzen, um Euch für die geleistete Arbeit in unserem Kreisverband herzlich zu danken.

Trotz komplizierter Corona-Bedingungen haben wir mit viel Herz und kreativen Aktionen unsere Stimme erhoben für den Frieden, gegen das NATO-Manöver Defender 2020 und zum Erinnern an die Befreiung vom Faschismus vor 75 Jahren. Wir gedachten bei oft sehr emotionalen Veranstaltungen der Opfer des Naziterrors und erinnerten an die mutigen Widerstandskämpfer. Besonders bewegte mich dabei das Engagement und die Kreativität von jungen Antifaschist*innen, z. B. bei den von ihnen erstmals organisierten Gedenkwanderungen, die eine große Resonanz fanden. In der in diesem Jahr zwangsläufig etwas eingeschränkten Friedenswoche wandten wir uns als Kreisverband mit vielfältigen Veranstaltungen und durchaus sehr pressewirksam gegen die Beteiligung der Bundeswehr an Auslandseinsätzen, gegen eine Erhöhung der Militärausgaben und gegen Waffenexporte. Lautstark – und auch hier wieder generationsübergreifend – machten wir auf die auch in unserer

Region zunehmenden Gefahren des Rechtsextremismus aufmerksam. Wir setzten uns gemeinsam mit Initiativen von Freund*innen für Menschen in sozial schwierigen Situationen ein.



Wir bildeten solidarische Hilfsketten in Quarantänesituationen, unterstützten die Tafeln im Landkreis, engagierten uns für die schlecht bezahlten Mitarbeiter*innen in der Pflege und in anderen Bereichen sowie für Helfer*innen in Zeiten der Pandemie. Im Interesse der Bürger*innen wirkten wir aktiv in den Stadt- und Gemeindevertretungen, im Kreistag und in vielen Vereinen. Wir leisteten aktive und tatkräftige Hilfe für Geflüchtete in Notsituationen. Dafür jeder/m Einzelnen von Euch vielen Dank!

Voraussichtlich am 26. September 2021 wird ein neuer Bundestag gewählt.

Lasst uns für eine starke Vertretung der LINKEN in diesem Parlament kämpfen. Angesichts der immer tieferen sozialen Spaltungen, der immer weiter aufgehenden Schere zwischen Armen und Reichen und einer zudem nahenden ökologischen Katastrophe, die all das noch weiter zu verschärfen droht, ist das nötiger, denn je. Es müssen schleunigst Gesetze her, die eine wirkliche Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse, der eigentlichen Ursache all dieser Probleme, auf den Weg bringen. Die Politik darf nicht mehr allein der Wirtschaft und dort vorwiegend einer reichen Clique dienen. Ihr Ziel muss vielmehr das Gemeinwohl und eine solidarischere Gesellschaft sein, der umgekehrt eine starke Wirtschaft zu dienen hat. Dafür kämpfen wir als LINKE, auch und gerade in den Parlamenten. Dafür werde ich kämpfen.

Ihr habt mich zum Direktkandidaten in unserem Wahlkreis 59 gewählt.

Ich freue mich auf einen engagierten Wahlkampf mit Euch gemeinsam! Zunächst aber wünsche ich Euch allen im Namen des Kreisvorstandes ein friedliches gesundes Weihnachtsfest und neues Jahr!

Euer Kreisvorsitzender
Niels-Olaf Lüders

In dieser Ausgabe

Armutquote am höchsten seit Wiedervereinigung

Seite 2

Zwischenzeugnis für Kenia-Koalition

Seite 2

Ein Ohr genügt

Seite 3

Putzen von Stolpersteinen gegen das Vergessen

Seite 4

Ein Spielplatz dank Bürger*innengagement

Seite 5

Wie die Pandemie am besten bekämpft?

Seite 6 und 7

Hilfstrucks nach Griechenland und Syrien unterwegs

Seite 8

Redaktionsschluss der nächsten Impulse:

1. Januar 2021

Erscheinen der nächsten Impulse:

15. Januar 2021

Mehr Prävention und Opferhilfe besonders in der Pandemie

Anlässlich des „Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen“ am 25. November erklärte die frauen- und familienpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Landtag Brandenburg, Bettina Fortunato, zur drastischen Zunahme von Gewaltdelikten im Zusammenhang mit den pandemiebedingten Einschränkungen:

„Während des Lockdowns im Frühjahr sind in Brandenburg 22,5 Prozent mehr Anzeigen wegen häuslicher Gewalt erstattet worden als im Vorjahreszeitraum. Außerdem kam es im Mai in Werder (Havel), Zossen und Cottbus zu Tötungsdelikten an Frauen. Die Bedrohung durch häusliche Gewalt hat massiv zugenommen, gleichzeitig wurden die Handlungsspielräume von Frauenhäusern und Beratungsstellen extrem eingeschränkt. Dazu gehört auch die Möglichkeit von Frauen, sich unentdeckt an diese Stellen zu wenden. Aber gerade in Krisenzeiten müssen wir die



Foto: Ben Gross

Gewaltprävention und Opferhilfe stärken!

Heute wurde im Innenhof des Landtages die neue Flagge von UN-Women mit der Aufschrift „Wir sagen NEIN zu Gewalt gegen Frauen“ gehisst. Damit beteiligt sich der Landtag Brandenburg zum sechsten Mal am Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen.

Schlechtes Zeugnis für Kenia-Koalition

Ein Jahr Kenia in Brandenburg – Zeit für eine Zwischenbilanz, findet die Fraktion DIE LINKE. im Landtag Brandenburg und hat der rot-schwarz-grünen Koalition ein Zwischenzeugnis ausgestellt. Die Kenia-Koalition ist akut versetzungsgefährdet, denn außer im Geldausgeben, wo die Note 1 vergeben wurde, finden sich fast ausschließlich Vieren und Fünfen auf dem Zeugnis.

Die Landesregierung muss jetzt die Dinge in Ordnung bringen, die schon lange anstehen und dabei gleichzeitig nachhaltig handeln. Konkrete Vorschläge hat DIE LINKE zur

Leistungen	
Sozialverhalten	5
Soziale Verantwortung	5

Genügte vorgebracht, bislang wurden insgesamt 44 Anträge und 4 Gesetzentwürfe der Linksfraktion abgelehnt. Dabei braucht es gerade jetzt ein sofortiges Eintreten für mehr soziale Gerechtigkeit und eine Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Das Zeugnis kann von der Website der Landtagsfraktion heruntergeladen werden: www.linksfraktion-brandenburg.de.

Dannenberg und Büchel im Haus Sozialer Integration

Am 28. Oktober besuchten Kathrin Dannenberg und Marco Büchel den freien Träger für die Kinder- und Jugendhilfe „Haus Sozialer



v. I. Torsten Schaffrath, Kathrin Dannenberg und Dorette Pauls

Integration e.V.“ in Bad Freienwalde. Kathrin Dannenberg interessierte sich als Co-Vorsitzende der Linksfraktion im Landtag Brandenburg und Sprecherin für Bildungs-, Sport- und Minderheitenpolitik sehr für unsere Arbeit. Zudem ist sie Mitglied des Kreisvorstandes DIE LINKE. Oberspreewald-Lausitz. Marco Büchel hatte als Vorsitzender der Linksfraktion in unserer Stadtverordnetenversammlung den Besuch angeregt.

In einem wertschätzenden und offenen Gespräch mit der Geschäftsführerin des Trägers, Dorette Pauls, und dem Pädagogischen Leiter, Torsten Schaffrath, ging es u. a. um die Personalbemes-

Armutsquote am höchsten seit Wiedervereinigung

Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat im November seinen diesjährigen Armutsbericht vorgelegt. Demnach hat die Armutsquote in Deutschland 2019 mit 15,9 Prozent den höchsten Wert seit der Wiedervereinigung erreicht. Auch wenn Brandenburg von diesem flächendeckenden Trend nicht ausgeschlossen ist, liegt die Armutsquote hier mit 15,2 Prozent wie seit 2017 leicht unter dem Bundesdurchschnitt. Der Paritätische Wohlfahrtsverband geht jedoch von einer drastischen Verschärfung der Einkommensarmut im Jahr 2020 aus und fordert entschiedenes armutspolitisches Engagement. Dazu erklärt die sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Landtag Brandenburg, Bettina Fortunato:

Die neuen Zahlen sind dramatisch. Wieder einmal wird deutlich, dass Armut nicht alleine eine Folge von Arbeitslosigkeit ist: Zwei

Drittel der Armen sind erwerbstätig (33 Prozent) oder in Rente (29,6 Prozent). Dies ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass Armut nicht vorrangig ein wirtschaftliches, sondern ein politisches Problem ist. Entsprechend müssen wir politische Lösungen umsetzen, statt weiter das Existenzminimum klein zu rechnen.

Jetzt, in Zeiten der Corona-Krise, ist das umso dringender geboten. Denn der Anstieg ist bei denen besonders stark, die sowieso schon gebeutelt sind: Hartz-IV-Bezieher, Alleinstehende mit Kindern, kinderreiche Familien sowie Menschen mit Behinderung. Außerdem sind die Anlaufstellen für wohnungslose Menschen im Land bereits jetzt am Limit – schon vor dem Winter. Dazu werden wir einen Antrag für das Dezemberplenium einbringen.

Wir fordern, endlich das Hartz-IV-System abzuschaffen, gute Löhne und Tarifverträge für gute Renten, die Einführung einer Kindergrundsicherung sowie Kita-Beitragsfreiheit und kostenfreie Beförderung.

sung in den Kindertagesstätten, die Gleichwertigkeit des Erzieherberufes in Kitas und im Bereich der Hilfen zur Erziehung sowie um erforderliche Inhalte in der Erzieherausbildung.

Natürlich wurde auch die aktuelle Lage der Corona-Pandemie und deren Auswirkungen auf die direkte Arbeit der Mitarbeiter*innen im Träger erörtert.

Wir hoffen gemeinsam, dass einige Hinweise und Anregungen sich im politischen Tagesgeschehen des Landtages widerspiegeln und somit sich der Bereich der Hilfen zur Erziehung aber auch die anderen Bereiche der Bildung und Erziehung weiter entwickeln dürfen.

Torsten Schaffrath
Haus Sozialer Integration e.V.

Fragen zur Afrikanischen Schweinepest und zur sozialen Situation Kreistagsfraktion will mehr in die Öffentlichkeit

Die Fraktion der LINKEN im Kreistag Märkisch-Oderland beriet Mitte November darüber, wie sie ihre gute fachliche Arbeit noch wirksamer in die Öffentlichkeit tragen kann. Dazu soll im kommenden Jahr, in dem auch ein neuer Landrat für den Landkreis MOL gewählt wird, vor allem mit weiteren Anfragen und Anträgen die Arbeit der Kreisverwaltung hinterfragt werden. Ganz aktuell wollen Mitglieder der Fraktion z. B. über die Situation von Frauenhäusern sowie über aktuelle Maßnahmen zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest und deren Folgen für die Landwirte der Region Auskünfte erhalten. Schwerpunkte der Fraktion bleiben weiterhin die sozialen Belange der Einwohner*innen des Landkreises wie die Senior*innenpolitik. Hierzu gab es in 2016 einen Beschluss des Kreistages zu Leitlinien, dessen Umsetzung transparent gemacht werden soll. In den Fokus sollen einmal mehr Probleme von Bedürftigen bis hin zu Wohnungs- und Obdachlosen genommen werden, umso mehr, als die fortdauernde Corona-Krise diese Probleme weiter verschärfen wird. Das umfasst auch

die Situation der Kinder und Jugendlichen innerhalb und außerhalb von Kindertagesstätten und Schulen. Auch nicht nachlassen werden wir in unserem Einsatz für die Verbesserung der Lebenssituation der hier lebenden Flüchtlinge und Menschen mit Migrationshintergrund. Alle diese Themen stehen natürlich im Zusammenhang mit der Haushaltssituation des Landkreises und sind nicht selten von der dort beschlossenen finanziellen Sicherstellung abhängig. Unser Schwerpunkt für die noch laufende Haushaltsdiskussion – der Haushalt soll voraussichtlich im Februar 2021 vom Kreistag beschlossen werden – sind deshalb vor allem diese Probleme und hier insbesondere die sogenannten freiwilligen Leistungen, welche letztlich durch den Kreistag beeinflussbar



Monika Huschenbett (links) während der Sommerklausur der Linksfraktion

sind. Wir wollen trotz der zu erwartenden angespannten Finanzlage des Landkreises keine Kürzungen zulassen. Ausgabenerhöhungen werden allerdings kaum durchsetzbar sein, wie der Kämmerer des Landkreises, Rainer Schinkel, bereits vorwarnte. Umso notwendiger bleibt für uns eine fraktionsübergreifende Zusammenarbeit.

*Monika Huschenbett
Abgeordnete der LINKEN im Kreistag MOL*

Ein Ohr genügt

Realsatire zum Welttag der Menschen mit Handicap am 3. Dezember

Mein Vater nannte seinen Bürovorsteher stets nur Töttke. Er behauptete, in den 20er Jahren hätte es einen satirischen Roman gegeben mit dem Titel „Töttke, der Büromensch“. Der Bürovorsteher meines Vaters betrachtete die Welt als einen großen Aktenschrank, aus dem die Aktenschwänze alphabetisch nach Fällen sortiert und pro Jahr in einer anderen Farbe herausgingen, in dem es Ablagefächer und Wiedervorlagemappen gab. Entscheidungen traf er keine, er tat nur das, was ihm gesagt wurde. Für andere Gesetze auslegen, Spielräume nutzen, gehörte nicht zu seinem Berufsbild.

Nun ist in einer Verwaltung eine korrekte Sachbearbeitung, ja ein bürokratischer, übergenuer Korinthenkacker nicht die schlechteste Wahl für einen Mitarbeiter. Nur sollte eine solche Verwaltung nicht mit Menschen zu tun haben. Denn jeder der Hilfesuchenden ist ein ganz eigenes Wesen mit einem ganz persönlichen Schicksal. Da hilft keine Schablone, keiner der vielen normierten Fragebogen.

In der Stadt Düsseldorf (Ort von der Redaktion geändert) lebt der Patient Hartmut Schling (Name von der Redaktion geändert), dem mittlerweile seine Hörgeräte nichts mehr nützen. Das eine Ohr hat schon ein Transplantat bekommen. Für das zweite hat er bei der Krankenkasse einen Antrag auf Kostenübernahme gestellt. Sein Arzt legt einen Kostenplan für den geplanten operativen Eingriff vor. Die Kasse lehnt den Antrag ab: Mit einem Ohr zu hören, sei ausreichend. Herr Schling holt sich juristischen Rat und legt Widerspruch ein. Der Widerspruchsausschuss der Krankenkasse lehnt die Kostenübernahme ab und behauptet, er hätte für dieses Ohr noch nie ein Hörgerät gebraucht. Bei seiner Klage vor dem Sozialgericht kann Herr Schling beweisen, dass sich die Kasse bereits bisher an drei für beide Ohren bestimmte Hörgeräte finanziell beteiligt hat. Der Sozialrichter, der über eigene Beweisführungskompetenz verfügt, legt der Kasse nahe, ihren Widerspruchsbescheid zurückzunehmen und die Operation zu finanzieren. Die Behörde jedoch beharrt auf einen Urteilspruch. Zwei Jahre nach Antragstellung wird die Krankenkasse zur Kostenübernahme verurteilt. (Nach einem Bericht im Deutschlandfunk)

Bürokratische Barrieren unseres Sozialstaates

Ist es mangelnde Fachkenntnis oder mangelnde Herzensbildung oder die falsche Überzeugung, man müsste die beantragte Kostenübernahme aus eigener Tasche bezahlen? Oder ist es gar das kaltschnäuzige Kalkül der Bürokratie, bei Ablehnung des Antrages würden ja nur etwa zwei Drittel der hilfesuchenden Antragsteller Widerspruch einlegen? Klage beim Sozialgericht erhebt dann höchstens noch ein Drittel der mit

einer Ablehnung abgespeisten Widerspruchs-führenden.

Nach all der „Aufregung“, die letztendlich zwei Jahre dauerte, ruft Herr Schling den Bearbeiter seines Antrages bei der Krankenkasse an: „Ich hatte den Eindruck, sie wussten von Anfang an, dass mein Anspruch zu Recht bestand. Warum haben Sie sich so fachlich falsch und herzlich verhalten?“

„Ich bin Beamter, guter Mann, wenn mein Chef es möchte, mache ich Kopfstand!“



*Klaus Körner, Vorsitzender
des Sozialverbandes VdK Märkisch-Oderland.*

Innerhalb des Sozialverbandes VdK (Verband der Kriegsoffer und Hinterbliebenen), ist der Senioren- und Behindertenverband Deutschlands mit über 2 Millionen Mitgliedern der größte Verband. Im Mittelpunkt steht die Rechtsberatung bei Sozialrechtsproblemen, vor allem Schwerbehindertenrecht, Rentenrecht, Pflegeversicherungsrecht und Krankenversicherungsrecht.

Gedenken an antisemitische Novemberpogrome 1938

Gemeinsam mit Mitgliedern der LINKEN gedachten zahlreiche Bürgerinnen und Bürger in Märkisch-Oderland am 9. November der antisemitischen Pogrome vor 82 Jahren und der Shoah. An diesem Tag 1938 wurden unzählige Juden festgenommen, verschleppt, gefoltert und ermordet, Tausende Synagogen und Gebetshäuser sowie Geschäfte, Wohnungen und jüdische Friedhöfe zerstört. In Seelow putzten zum Gedenken Genossinnen und Genossen gemeinsam mit der Landtagsabgeordneten Bettina Fortunato Stolpersteine, die in der Kirchstraße und der Berliner Straße an neun ermordete jüdische Mitbürger erinnern. Auch in Müncheberg hatte DIE LINKE aufgerufen, an der Gedenktafel für die zerstörte



Synagoge am Marktplatz sowie auf dem jüdischen Friedhof Blumen niederzulegen und Kerzen aufzustellen. An der jüdischen Gedenktafel in Strausberg

wurde mit einem Blumengebinde des Kreisverbandes der LINKEN der Opfer gedacht (s. Bild im Beitrag unten).



Putzen von Stolpersteinen in Seelow

Stolpersteine von Luise und Alfred Zeidler geputzt

Wegen der pandemiebedingten Einschränkungen in diesem Jahr haben die Mitglieder des Kreisverbandes der VVN – Bund der Antifaschisten MOL die Bitte der Bürgermeisterin von Strausberg, Elke Stadeler, respektiert, auf eine Teilnahme an der Gedenkveranstaltung der Stadt zu verzichten. Stattdessen baten wir unsere Mitglieder, an jüdischen Gedenkortern Blumen niederzulegen. Als die kleine Delegation des VVN Kreisverbandes zum jüdischen Friedhof in Strausberg kam,



war zu sehen, dass schon viele Bürgerinnen und Bürger diesen Ort aufgesucht hatten. Das Gebinde mit dem Logo der VVN befand sich auf der Friedhofsmauer in guter Gesellschaft. Abschließend legten wir ebenfalls an der Gedenktafel für die niedergebrannte Synagoge Blumen nieder.

Erstmals in diesem Jahr verband die VVN – BdA das Gedenken mit der Aktion: „Stolpersteine putzen gegen das Vergessen“.

Diese soll künftig regelmäßiger Bestandteil des antifaschistischen Gedenkens werden. Begonnen haben wir mit den Stolpersteinen für Luise und Alfred Zeidler in der Strausberger Weinbergstraße. Während der Reinigung der Stolpersteine wurde an das Leben und Leiden des Ehepaars Zeidler erinnert:

Alfred Zeidler wurde am 11. November 1880 in Strausberg geboren. Bei der Volkszählung am 17. Mai 1939 war er in Berlin-Wilmersdorf in der Trautenaustraße 5 gemeldet. Dort befand sich eine Privatklinik, in der Alfred Zeidler möglicherweise beschäftigt war. Offenbar hatte er



Simone Schubert, Geschäftsführerin der LINKEN. MOL legt ein Gebinde nieder.

auch einen Wohnsitz in Strausberg in der Weinbergstraße. Er war verheiratet mit Luise Zeidler, geboren am 6. Januar 1886 in Exin (poln. Kycynia) in der Nähe von Bydgoszcz (dt. Bromberg). Am 14. April 1942 wurden die Eheleute mit einem Reichsbahn-Zug nach Warschau deportiert. Zusammen mit 938 Menschen in diesem Zug wurden sie in das schon total überfüllte Warschauer Ghetto eingewiesen und im Lager Trawniki ermordet.

Wolfram Wetzig
Vorsitzender der VVN – Bund
der Antifaschisten MOL

Grusel abgeschüttelt?

Nach dem Lesen des Beitrags über Hohenlychen in der MOZ vom 7./8.11.2020 schrieb Dr. Erika Schwarz einen Leserbrief an die Redaktion, weil aus ihrer Sicht der wichtigste Teil der Geschichte der Heilstätten völlig ausgespart bleibt:



„Ist die Sklavenarbeit von Frauen und Männern des Konzentrationslagers Ravensbrück in den Heilanstalten keine Erwähnung wert? Wäre es nicht angebracht gewesen, den Chefarzt der Heilstätten Hohenlychen, den Leibarzt Himmlers, Prof. Dr. med. Karl Gebhardt, und seine medizinischen Versuche an Häftlingen zu nennen? Immerhin wurde er dafür von einem amerikanischen Militärgericht im "Nürnberger Ärzteprozess" zum Tode verurteilt und am 2. Juni 1948 hingerichtet. Fakten zum Häftlingseinsatz in Hohenlychen lassen sich leicht im Bd. 4 des Werkes von Wolfgang Benz und Barbara Distel "Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager", herausgegeben in München 2006, finden.“

Erika Schwarz,
Rehfelde

Ehrung der Roten Matrosen

Am Denkmal der Roten Matrosen an der Strausberger Stadtmauer gedachten auf Einladung der KPD rund 50 linke Aktivist*innen und Veteran*innen der Novemberrevolution von 1918. Zahlreiche Teilnehmer*innen legten weiße Rosen nieder, unter ihnen ehemalige hohe Offiziere der Nationalen Volksarmee, der Kreisvorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes Märkisch-Oderland, Camillo Menzel, und der Kreis- und Stadtvorsitzende sowie Spitzenkandidat der LINKEN für die Bundestagswahlen im Wahlkreis 59, Niels-Olaf Lüders. Die per Telefon zugeschaltete Vorsitzende des Vereins „Friedensbrücke – Kriegsofferhilfe“, Liane Kilinc, forderte die Bundesrepublik auf, den Frieden ins Zentrum aller Bemühungen zu stellen und →



Foto: Jens Kraehnel

Grünordnungsplan Neuenhagen beschlossen!

Endlich, nach über 10-jährigem Ringen, Abstimmen und Abwägen wurde der Grünordnungsplan als Satzung „Trainierbahn Neuenhagen“ von der Gemeindevertretung mit überwältigender Mehrheit von 22 : 3 Stimmen am 29. Oktober 2020 beschlossen. Damit ist ein wichtiger (erster) Schritt getan, den Erhalt des Landschaftsraums der Trainierbahn und deren Umgebung als grüne Lunge für Neuenhagen und als Freizeitfläche für alle Neuenhagener und auch Hoppegartener zu erhalten. Es war auch wichtig, die Satzung noch in diesem Jahr zu beschließen, weil die vereinbarte Veränderungssperre am 31.12.2020 auslaufen wird.

Zu diesem Zweck nahm der Zeitweilige Ausschuss Trainierbahn / Altes Gut im März 2020 seine Arbeit auf.

Im Zuge der Gespräche wurden die Vorstellungen und Absichten der Rennbahn GmbH, was sie mit dem Gelände vorhaben, immer deutlicher von ihr formuliert. Das betraf zum einen Einschnitte in den Erhalt des Waldes und der Freiflächen.

Es geht ihr aber nicht nur – wie sie bisher behauptet hat – um den Pferdesport. Nein denn sie wollen über Teile des Geländes auch Bebauungspläne für Stallanlagen mit darüberliegenden Betriebswohnungen, Funktionsgebäuden und, jetzt wird es hochinteressant, auch Bebauungspläne für Wohnbebauung legen. Ihr Ziel ist es, von ihr dringend benötigtes Geld zu generieren auf Kosten der Natur und der landschaftsgebundenen Erholung und auf Kosten der Gemeinde. Denn für die Daseinsvorsorge der Neubürger, also für die Errichtung von Kindergärten und Schulen und die Gewährleistung der Gesundheitsversor-

gung, ist die Gemeinde verantwortlich.

Es hat für mich den Anschein, dass der Pferdesport nur vorgeschoben ist. Schauen wir nach Hoppegarten und was die Rennbahn GmbH dort mit dem Gelände vorhat. Auch hier wird bereits vermarktet und großflächig Wohnbebauung geplant, um ihre defizitären Kassen zu füllen. Das kann einem nur Angst machen, sollte das auch in Neuenhagen so kommen. Dem gilt es jetzt vorzubeugen.

Der nächste Schritt ist aus meiner Sicht, auf dem Gelände der Trainierbahn und angrenzenden Nebenbereichen eine Wohnbebauung auszuschließen.

Das schließt für mich nicht aus, dass mit der Rennbahn GmbH über eine moderate Entwicklung auf dem Gelände Altes Gut gesprochen wird. Hier gibt es Freiflächen für die Errichtung von Stallanlagen und Funktionsgebäuden.

Gespräche sind wichtig und richtig. Aber für uns stehen die Interessen der Einwohner Neuenhagens im Mittelpunkt und unsere Aufgabe ist es nicht, die Rennbahn GmbH zu sanieren.

*Klaus Kahn
Neuenhagen*

Ein Spielplatz dank Bürger*innenengagement

Im April/Mai hatten wir erfahren, dass der bestehende Spielplatz in Gielsdorf verlegt werden soll. Das fanden wir aus mehreren Blickwinkeln nicht so schön:

Der alte und jetzige wiederbelebte Platz ist eingezäunt und bietet viel Platz, ist verkehrsruhig und in der Natur. Es werden keine Anwohner gestört.

Der neue Platz sollte auf einem schmalen Grundstück zwischen zwei Straßen gegenüber dem Gemeinschaftshaus angelegt werden (Abgase, Anwohner, Kosten für Erschließung...).

Also haben wir drei Mädels (Delia, Romy und Rike) ein Konzept für die Erhaltung des alten Platzes überlegt und an der Sitzung des Ortsbeirats teilgenommen. In der Sitzung war auch

.....

→ die Menschen nicht ständig auf eine Konfrontation mit Russland einzustimmen.



der Kämmerer der Stadt Altlandsberg vor Ort, dieser ist auch für die Spielplätze zuständig. Unsere Idee fand Anklang. In Abstimmung mit dem Ortsbeirat haben wir eine Info an alle Gielsdorfer verteilt.

Wir erhielten viele positive Rückmeldungen und Dank für unser Engagement. Wir sammelten 4000 Euro private und Firmenspenden. Und auch der Ortsbeirat hat nochmal ordentlich Spendengelder gesammelt. Ich glaube auch nochmal 4000 Euro.

Wir konnten der Stadt Vorschläge für unsere Spielgeräte machen. Den Hersteller Westfalia fanden wir toll (weil 15 Jahre Garantie und aus Recycling). Unsere Ideen haben wir im Kindergarten vorgestellt und die Kinder abstimmen lassen, was sie toll fanden. Wir wollten etwas anderes als überall und was zu Gielsdorf passt. Eine Schaukel und Rutsche durfte aber trotzdem nicht fehlen. Bei einem Arbeitseinsatz auf dem Spielplatz haben wir die Ideen dann auch nochmal Eltern vorgestellt.

Im Nachgang wurde durch Anwohner die Tischtennisplatte vom Dorfteich auf den Mehrgenerationenplatz umgestellt. Der Platz wird jetzt wieder viel mehr genutzt.

Das Unterstellhaus wurde aufgewertet und dadurch haben viele Eltern Spielzeug auf den Platz gebracht, was zu Hause nicht mehr gebraucht wurde aber noch schön war. In der Folge sind jetzt schon ganz oft wieder viele Kinder auf dem Platz.

Wir haben unser Konzept erstellt und der Stadt zur Verfügung gestellt.

Die Stadt gibt auch Geld dazu und so musste der

behördliche Werdegang eingehalten werden.

Viele Ideen kamen auch von den Gielsdorfern. Auf dem Platz ist am Volleyballplatz jetzt auch ein Geräteschuppen gebaut worden. Einer unserer Nachbarn hatte jetzt die Idee, dort eine Tauschstation für Bücher zu errichten und dafür ein Regal an der Rückwand zu befestigen.

Fakt ist, im Oktober war der Beschluss durch und wir erstellten eine weitere Info für die Einwohner. Jetzt sind die Geräte alle bestellt. Den Bagger für einen Kriechtunnel, den wir einbuddelten, hat ein Papa mitgebracht.

Wir haben in Gelsdorf ja viele Handwerker. Einige haben angeboten, Sitzmöglichkeiten zu bauen. Auf anderen Spielplätzen haben wir auch noch tolle Ideen gesehen, die sich einfach umsetzen



lassen. Unsere Rentner wollen das machen. Jetzt müssen wir noch Unkraut beseitigen und dann kommt noch neuer Sand auf den Platz.

Im nächsten Jahr wollen wir noch Fitnessgeräte und auch eine Grillecke einrichten.

Fakt ist, der Platz wurde zu Beginn des Wohnparks Gielsdorf 2000 sehr intensiv durch die Familien genutzt und es war ein richtiges Ritual, sich dort am Wochenende zu treffen. Das wollen wir wiederbeleben, und ich glaube, das gelingt uns.

*Delia Bethmann
Gielsdorf*



Postfach

Denke ich deshalb rechts?

Der 18. November ist ein Tag, der bei mir Fragen aufwirft, auf die ich für mich keine schlüssige Antwort finde. Ich sehe Bilder von Demonstranten in Berlin und der ihnen gegenüberstehenden Staatsmacht. Auf der einen Seite maskenlose Männer, Frauen und Kinder mit Spruchbändern, die zum Teil auch meine Gedanken/Forderungen widerspiegeln. Auf der anderen Seite die Staatsmacht mit der Polizei, die auf Verstöße gegen die Einhaltung der von ihnen geforderten Regeln mit Verboten und später mit Tränengas, Wasserwerfern, Gewalt und scharfen Hunden reagiert!

Wenn ich Maßnahmen der derzeit regierenden Koalition zur Eindämmung der Corona-Pandemie und deren Angemessenheit in Frage stelle, reagieren auch im Kreis meiner Genoss*innen einige mit Ablehnung!

Warum mache ich es mir nicht einfacher, stelle meine Zweifel zurück, klappe einmal kräftig die Hacken zusammen und nehme alles, was von oben herabrieselt, als gegeben hin.

Da liegt ganz offensichtlich ein Erziehungsfehler bei mir vor. Ich hinterfrage, stelle „Andersdenkende“, z. B. Menschen, die mit der Corona-Gesetzgebung nicht einverstanden sind und ihren Unwillen öffentlich äußern, nicht automatisch in die rechte Ecke bzw. bezeichne sie als Verschwörungstheoretiker/Spinner! Mich interessieren die berechtigten Sorgen und Ängste meiner Mitmenschen.

An diesem 18. November hat die herrschende Koalition ein Gesetz durch Bundestag, Bundesrat und Präsidentenamt mit Unterstützung des von uns mitregierten Landes Thüringen, im Gegensatz zur Bundestagsfraktion, gepeitscht! Es handelt sich um eine Erweiterung des sogenannten Infektionsschutzgesetzes, welches nach Aussagen der Koalition die gesetzliche Basis für die Corona-Verordnungen bilden soll. In Wirklichkeit wird hier versucht, mit einem einfachen Gesetz das Grundgesetz mit seinen Grundrechten auszuhebeln. Das wird selbst von Leuten wie dem ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, kritisiert. Dieses Gesetz dient als Mäntelchen, um von der parlamentarischen Demokratie zur Verordnungsdiktatur überzugehen, in der nicht autorisierte Gremien, wie die Ministerpräsidentenkonferenz, Beschlüsse fassen und an den Parlamenten vorbei verordnen.

Bei den Maßnahmen handelt es sich um drastische Einschränkungen wie willkürliche Beschäftigungsverbote, die Maskenpflicht mit ihren erheblichen Nebenwirkungen (siehe gesetzliche Unfallversicherung zur Höchsttragedauer und damit zur Gefährlichkeit von Masken) sowie Kontaktverbote. Das Gesetz ermöglicht darüber hinaus künftig auch Un-



tersagungen von Veranstaltungen und politischen Demonstrationen. Die CDU verweigert sich der Forderung nach einem strikten Parlamentsvorbehalt für so einschränkende drastische Maßnahmen. Sie möchte auch keine nachträgliche Beteiligung des Bundestages. Dem folgen SPD und Grüne durch ihre Zustimmung in den Gremien.

Ich bin der Meinung, dass in kritischen, für viele Menschen gefährlichen Situationen, zum Teil schnelle Entscheidungen nötig sind! Aber die jetzt eingeschlagene Art des Regierens bereitet mir erhebliche Bauchschmerzen! Diese Pandemie ist sicher so eine schwierige Situation. Jedoch war im bzw. nach dem ersten Lockdown genügend Zeit, um ein geordnetes, gut durchdachtes Gesetz, mit der Rolle des Parlaments als Souverän, auf den Weg zu bringen! Diese Pandemie und die Folgen der schon vorher bestehenden Krise der kapitalistischen Gesellschaft können wir nur gemeinsam meistern, um danach die Welt menschlich zu gestalten!

Die Eile mit dem Gesetz kann ich mir nur aus den sinkenden Zustimmungswerten zur Corona-Politik erklären. Offensichtlich ist die Demokratie, für die wir wählen gehen, den Regierenden nur wenig wert.

Eine heute oft gestellte Frage war, „Wenn wir nicht mit gewaltbereiten, rechtes Gedanken gut verbreitenden Menschen demonstrieren wollen, wo dürfen wir unseren Unmut, unsere Ängste und Sorgen äußern?“

Meine Fragen, die mich schon lange quälen, lauten: Warum bekomme ich gefühlt so wenig Infomaterial von Teilen der mich vertretenden Partei DIE LINKE?

Warum werden diese vorhandenen Infos so schlecht verteilt bzw. muss ich dieses Wissen so zeitaufwändig erarbeiten? Warum lässt sie mich mit diesen Fragen oft allein? Hält unsere Partei sich mit ihrer Kritik zurück, um eine „mögliche“ Regierungsbeteiligung nicht zu verscherzen? Sind diese Kritiken berechtigt und deren Äußerung von meiner Partei gewollt?

Vor allem aber habe ich die Frage:

Bin ich wegen meiner kritischen Gedanken ein Rechter?

Carsten Wenzel
Kommunist

Ich trage Maske und Verantwortung

Ende November kam es zu spontanen Protesten gegen den „Querdenken 334“-Umzug in Strausberg (Nicht zu verwechseln mit der Initiative QuerdenkerInnen Strausberg). Ca. 25 Personen machten mit Schildern und Transparenten deutlich, dass Corona-Leugnung in Strausberg nicht unwidersprochen bleibt.

Das was „Querdenken 334“ macht ist keine legitime Kritik an zu kritisierenden staatlichen Maßnahmen, sondern Verschwörungsideologie und NS-Verharmlosung. So wurde den dagegen protestierenden Menschen heute demonstrativ ein Foto von Anne Frank entgegengehalten. „Querdenken 334“ imaginiert sich als verfolgte Unschuld, eignet sich die Erfahrungen von Jüdinnen und Juden an und relativiert so den Holocaust. In so einem Umfeld fühlt sich natürlich auch ein Lars Günther, Mitglied der AfD-Fraktion im Brandenburger Landtag und Mitarbeiter des extrem rechten Compact Magazins, wohl. Auch „Querdenken 334“ ist damit am Grund des rechten Sumpfs angekommen.

Wolfram Wetzig
Strausberg



Wagenknecht zum Dritten Bevölkerungsschutzgesetz

Der Bundestag hat am 18.11.2020 über das „Dritte Bevölkerungsschutzgesetz“ der Bundesregierung beraten, meine Fraktion hat mit Nein gestimmt. Ich lehne dieses Gesetz ab, weil ich die darin definierten Grenzwerte für willkürlich und die damit verbundenen radikalen Grundrechtseinschränkungen für nicht akzeptabel halte.

Natürlich ist es sinnvoll, die hohen Infektionszahlen einzudämmen. Die Situation in vielen Krankenhäusern ist ernst. Aber diese Situation war vorhersehbar. Sie hat vor allem mit dem chronischen Mangel an Pflegepersonal zu tun. Dagegen hätte man etwas unternehmen müssen, statt jetzt tiefe Eingriffe in Grundrechte im Eildurchgang durchzupeitschen. Der verfassungsrechtliche Ausnahmezustand war im Frühjahr nachvollziehbar, jetzt

kann man ihn nicht mehr rechtfertigen. Warum gibt es bis heute keine seriösen Untersuchungen über Infektionswege und die Rolle, die Restaurants oder nicht eher überfüllte Schulbusse spielen? Warum wurden die Sommermonate nicht genutzt, um das Gesundheitssystem auf die zweite Welle – die ja nun wirklich nicht überraschend kam – vorzubereiten? Wo ist das zusätzliche medizinische Personal, mehr Pflegekräfte – vor allem auf den Intensivstationen? Wo sind die Mittel für zusätzliches Personal an den Schulen für die geforderten kleineren Gruppen? Warum werden immer noch willkürliche Grenzwerte festgelegt, auf deren Grundla-



ge ganze Branchen ruiniert werden? Die Zeit im Sommer wurde verschlafen, nur um jetzt wieder in einem undemokratischen HauRuck-Verfahren drastische Einschränkungen durchzudrücken. Das ist der absolut falsche Weg, mit den Problemen umzugehen. Der Kampf gegen das Virus darf nicht länger abseits demokratischer Kontrolle stattfinden.

Teil-Lockdown

Betrachten wir die Lage optimistisch und gehen wir davon aus, dass wir nicht positiv getestet und nicht in Quarantäne sind, dann ist das alles auszuhalten. Wenn wir die bisher dramatische Entwicklung brechen, werden wir auch nicht weiterhin mit den restriktiven Maßnahmen leben müssen. Der Teil-Lockdown ist nicht schön, aber die Kinder können in den Kindergarten, in den Hort sowie in die Schule, und wir gehen zur Arbeit oder sind im Heimoffice beschäftigt. Bei Einschränkungen der Produktion bzw. in den eingestellten Wirtschaftszweigen werden Kurzarbeitergeld oder auch notwendige Entschädigungen gezahlt. Der internationale Warenverkehr ist nicht betroffen und die europäischen Lieferketten funktionieren weiter. Das Gesundheitswesen funktioniert fast normal, auch wenn die Ämter, Labore, Krankenhäuser, Ärzte, Krankenpfleger mit Unterstützung der Bundeswehr am Limit arbeiten.

Der öffentliche Nahverkehr steht uns zur Verfügung und mit dem Auto kommen wir immer dahin, wo es sein muss. Dazu sind die Tankstellen und Werkstätten mit Autohäusern offen. Der Einzelhandel bietet alles, was wir zum täglichen Leben benötigen und für die Weihnachtsvorbereitung uns sichern wollen. Ja, sogar zum Friseur kann man gehen und verordnete medizinische Behandlungen sind möglich. In unseren Stammgaststätten kann man den Abholservice nutzen, so wie an diesem Wochenende beim Ersatzschlachtfest

der Linde. Aus Langeweile können wir im Fernsehen den nicht verbotenen Profisport anschauen. Die gewählten Gremien und Ämter können, von „störendem“ Publikum abgeschirmt, bei Einhaltung der Hygienebestimmungen zuständigerweise tätig sein. Es gibt ausreichende Schutzmittel und man muss auch das Toilettenpapier nicht hams-tern.

Wenn wir einsichtig sind, tragen wir vor Ort zu unserem und anderer Leute Schutz die Maske, melden uns bei Erkältungen telefonisch beim Arzt und verzichten auf Fahrten und Kontakte, die nicht unbedingt erforderlich sind. Auch können uns die „bösen“ Schwiegermütter oder andere unerbetene Besucher nicht überraschen und Vertreter jeder Art kommen auch nicht mehr an der Tür klingeln. Falls erforderlich, gehen wir in freiwillige oder angeordnete Quarantäne.

Wenn wir die Welle der Infektionen, die bis in den Tod führen kann, brechen wollen, müssen wir auch die Gebote, Verbote und Hinweise befolgen. Es schmerzt, wenn man seine Besuche bei guten Freunden und Bekannten einschränken, die Gaststätte um die Ecke nicht aufsuchen, im Verein keinen Sport betreiben und sich nicht in Versammlungen verständigen kann. Wir leiden an fehlender Kommunikation und mancher droht zu vereinsamen, was auch zu Depressionen führen kann. Aber lieber jetzt nur mit max. 10 Menschen aus zwei Haushalten zusammen sein, als wie bei Nachbarländern Ausgangsverbote, Sperrstunden und anteilig

sehr viel mehr Tote.

Wir haben die Chance, bei entsprechender freiwilliger oder erzwungener Disziplin den Virus zu beherrschen und irgendwann zu besiegen. Hoffen wir auf ein Weihnachtsfest mit Zahlen unter 35 im Wochendurchschnitt und auf einen wirksamen Impfstoff in 2021.

Achten wir gemeinsam auf uns, bleiben wir gesund. Jede jetzt unterdrückte Umarmung

**Damit unsere Kinder nicht im kalten sitzen.
Luftfilter für alle Schulen! DIE LINKE.**

könnte dann helfen, unter dem Weihnachtsbaum die ganze Familie umarmen zu können. Wie in jeder anderen Frage gilt: „Reue ist Verstand, der zu spät kommt“

PS: Persönlich bin ich gegen Demonstrationen in Zeiten des Lockdowns! Maßstab wären max. 10 Personen aus 2 Haushalten oder Abstände von 1,5 Meter plus Maske. Leider entscheiden Gerichte gegen unsere Gesundheit und gegen verbindliche Festlegungen. Verletzungen werden bestraft.

*Ortsverband
DIE LINKE. Rehfeld*

Bürgerbüros**Bettina Fortunato (MdL)****Bürgerbüro Seelow**

Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon: (0 33 46) 85 21 45
Telefax: (0 33 46) 85 21 47
E-Mail: buero-fortunato@t-online.de
www.bettina-fortunato.de

Geschäftsstellen**Kreisgeschäftsstelle MOL**

www.dielinke-mol.de
E-Mail: info@dielinke-mol.de

Bad Freienwalde

Grünstraße 8
16259 Bad Freienwalde
Telefon/Fax: (0 33 44) 33 45 41
E-Mail: frw@dielinke-mol.de
www.dielinke-frw.de

Strausberg

Große Straße 45
15344 Strausberg
Telefon: (0 33 41) 31 17 96
Telefax: (0 33 41) 31 47 75
E-Mail: strausberg@dielinke-mol.de
www.dielinke-strausberg.de

LinksTreff**LinksTreff Seelow**

Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47
E-Mail: seelow@dielinke-mol.de
www.dielinke-seelow.de

**Öffnung der Büros der LINKEN
im Dezember**

- **Die Geschäftsstelle Strausberg** ist nur mit telefonischer Anmeldung zu erreichen.
- **Die Geschäftsstelle Bad Freienwalde** öffnet jeden 1. Dienstag im Monat von 9.30 - 11.30 Uhr und jeden Donnerstag von 16.00 - 18.00 Uhr
- **Der LinksTreff Seelow** öffnet Montag bis Mittwoch 9.00 - 12.00 Uhr
- **Das Wahlkreisbüro von Bettina Fortunato in Seelow:** öffnet Montag bis Donnerstag 9.00 - 13.00 Uhr



WIR PACKEN'S AN
Nothilfe für Geflüchtete

Geplant waren drei Trucks, jetzt sind bereits vier Transporte vollgepackt mit Hilfsgütern nach Griechenland auf den Weg gebracht, mindestens zwei weitere folgen. Über 40 Sammelstellen in ganz Deutschland machten es möglich, dass der Verein aus Berlin-Brandenburg innerhalb der Winterkampagne „Der Winter kommt – unsere Solidarität ist grenzenlos“ viel mehr Menschen in Not, als ursprünglich geplant, versorgen kann. Gegenwärtig sind zwei weitere Transporte geplant, erstmals nach Syrien/Rojava und nach Bosnien-Herzegowina.

„Wir sind begeistert von den vielen Freiwilligen, die jeden Tag in Bad Freienwalde mit anpacken. Wir sortieren und verpacken gegenwärtig in zwei Lagerhäusern, um die Hilfsgüter versandfertig zu machen. Die Hilfsbereitschaft war überragend. In ganz Deutschland von Rostock bis Würzburg bildeten sich Sammelstellen, die Hilfsgüter zusammentrugen,“ erklärt der Vereinsvorsitzende Andreas Steinert. „Gerade jetzt, wo der Winter schon begonnen hat und das neue Lager auf Lesbos in Schlamm und Wasser steckt, ist es wichtig, unsere grenzenlose Solidarität zu zeigen. Denn die



Sortieren in der Verteilstation bei Falkenberg

Markt und Straßen stehn verlassen,
Still erleuchtet jedes Haus,
Sinnend geh' ich durch die Gassen,
Alles sieht so festlich aus.

An den Fenstern haben Frauen
Buntes Spielzeug fromm geschmückt,
Tausend Kindlein stehn und schauen,
Sind so wunderstill beglückt.

Und ich wandre aus den Mauern
Bis hinaus in's freie Feld,
Hehres Glänzen, heil'ges Schauern!
Wie so weit und still die Welt!

Sterne hoch die Kreise schlingen,
Aus des Schnees Einsamkeit
Steigt's wie wunderbares Singen –
O du gnadenreiche Zeit!

(Joseph von Eichendorff)

Hilfstransporte aus Bad Freienwalde nach Griechenland, Bosnien und Syrien

offizielle Politik ist zwar mit Corona in Deutschland beschäftigt, aber nach dem Brand in Moria und der kurzzeitigen Diskussion darum interessiert es anscheinend wieder niemanden, dass die Geflüchteten an den EU-Außengrenzen frieren und hungern, genauso wie im letzten Winter“, empört sich Steinert.

Die bisherigen Transporte wurden nach Lesbos, Chios, Patras, Athen und Thessaloniki geschickt. Neben Kleidung sind mehrere tausend Flaschen Babynahrung, Müsliriegel, Windeln, Hygieneprodukte, Waschmaschinen und Trockner unterwegs, vieles davon aus Sachspenden von Firmen. In Vorbereitung sind weiterhin Trucks auf den Balkan, wo Tausende Menschen auf der Flucht unter grausamen Bedingungen festsitzen. Neuland betritt unser Verein „Wir packen's an“ ebenso mit einem Transport nach Syrien/Rojava. Dabei kooperiert er mit der kurdischen Organisation „Diyari“, was auf Deutsch „Geschenk“ bedeutet. Hoshmin Osman, Mitglied bei „Wir packen's an“ und bei „Diyari“, erklärt die Situation vor Ort: „Die Menschen in meiner Heimat Rojava/Syrien leben in einem Kriegsgebiet. Viele von ihnen mussten fliehen und haben dabei alles verloren. Es fehlt am Allernötigsten: warme Kleidung, Medikamente, Windeln, Babynahrung und so vieles mehr. Als Kurde im Exil habe ich mit meinem Verein „Diyari“, begonnen, die Menschen in Rojava in dieser schweren Situation zu unterstützen. Für die Menschen dort gibt es bisher nur wenig Hilfe.“

Steinert dazu: „Während die deutsche Bundesregierung neue Rekorde bei Rüstungsgeschäften erzielt und damit indirekt für das Leid in Syrien Mitverantwortung trägt, schicken wir Hilfsgüter. Wir schauen nicht weg, wo Menschen leiden, sondern packen an und leisten Nothilfe, egal ob in Lesbos, auf dem Balkan oder in Syrien/Rojava.“



N a c h r u f

Am 21. November 2020 verstarb nach schwerer Krankheit unsere Genossin

Eva Rohmann

Wir verlieren mit ihr eine aufrichtige und tatkräftige Mitstreiterin. Ihr Optimismus, Ideenreichtum und ihre Beharrlichkeit fanden in unserer Basisorganisation und ihrem Wohnort große Anerkennung. Die Herausgabe des Info-Blattes unserer BO war maßgeblich ihr Verdienst. Ihrer Initiative ist die Verlegung von Stolpersteinen in Altlandsberg und Bruchmühle zur Erinnerung an Opfer der Nazidiktatur zu verdanken. In ihrem Wohnort Bruchmühle ist ihr Name untrennbar mit dem Wirken des Jugend- und Kulturvereines Bruchmühle e. V. und der Errichtung des Bürger- und Kreativhauses verbunden. Ihr Leben lang dachte sie stets an andere und nie an sich. Wir werden sie in bleibender Erinnerung behalten.

DIE LINKE. Altlandsberg

IMPRESSUM

Herausgeber: Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL. Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Der Druck der Zeitung „Impulse“ wird durch Spenden finanziert.

V.i.S.d.P.: Niels-Olaf Lüders, Tel. 0334 1-311796, **Redaktion:** Renate Adolph, Reimar Pflanz, Simone Schubert, Roya Sobhani, Carsten Wenzel, info@dielinke-mol.de.

Layout u. Satz: Fortunato Werbung, - www.fortunato-werbung.de, **Fotos/Grafiken:** DIE LINKE. MOL, privat